



Kommunalpolitische Eckpunkte Stadtratswahlen Pirmasens 2014

Präambel

Wir wollen die Menschen hier in Pirmasens ermutigen, mit uns gemeinsam ein Zeichen zu setzen: Wir wollen, dass Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu bestimmenden Werten, dass Ehrlichkeit, Durchschaubarkeit und Verlässlichkeit zu Leitgedanken einer neuen Politik werden. Soziale Sicherheit, Perspektiven für die junge Generation und die Erweiterung der demokratischen Mitbestimmung sind grundlegende Ziele der Politik, die wir realisieren wollen.

Wir wollen eine Gesellschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt; eine Gesellschaft des Miteinanders statt des Gegeneinanders, in der ein würdiges Leben aller ermöglicht wird. Ein Leben, zu dem ein Recht auf Arbeit gehört, ein Recht auf Wohnen, ein Recht auf Bildung, ein Recht auf soziale Sicherung, ein Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und ein Recht auf Gleichstellung. Unsere Politik ist eine zukunftsfähige Politik, weil sie auf nachhaltige Entwicklung zielt. Sie stärkt die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten.

Das vorliegende Programm versteht sich als Ergänzung und Aktualisierung unseres ausführlichen kommunalpolitischen Grundsatzprogramms von 2009. Die damals aufgestellten politischen Aussagen und Forderungen haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Deshalb beschränken wir uns in diesem Eckpunkteprogramm für die Stadtratswahlen 2014 auf wenige, exemplarische Aussagen, die auf die neusten Entwicklungen in Pirmasens eingehen.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit entfalten!

Die LINKE kämpft für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Wie die weltweiten Initiativen gegen die Klimaveränderung, des Internationalen Sozialforums oder die Agenda 21-Aktivitäten lehren, muss den globalen gesellschaftlichen Problemen auch und vor allem lokal auf kommunaler Ebene begegnet werden. Wer in den Gemeinden, Städten und Kreisen für mehr Demokratie und den sozialökologischen Wandel streitet ist damit Teil einer

internationalen demokratischen Bewegung. In Rheinland-Pfalz besteht zunehmend die Gefahr, dass insbesondere die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben eingeschränkt werden. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik muss gleiche Lebenschancen in Stadt und Land möglich machen und die Nachteile ländlicher Regionen gerecht ausgleichen.

Wir wollen in Pirmasens endlich eine Kultur der Bürgerbeteiligung entwickeln und direkte demokratische Entscheidungen zu allen wichtigen kommunalen Projekten durchsetzen. Das Thema Stadtgalerie wäre ein Paradebeispiel für Bürgerbeteiligung in unserer Stadt gewesen. Leider wurde ein Bürgervotum zur Stadtgalerie mit großer Mehrheit im Rat der Stadt verhindert. Wir werden uns jedoch von der Arroganz der Macht im Pirmasenser Stadtrat nicht entmutigen lassen und weiterhin für das Recht Bürgerinnen und Bürger kämpfen, Entscheidungen von solch großer Tragweite eigenverantwortlich zu treffen.

Einen großen politischen Erfolg hat DIE LINKE mit der Einführung des kommunalen Bürgerhaushalts in Pirmasens erzielt. Diese Errungenschaft der kommunalen Demokratie muss nun politisch gefördert und die Praxistauglichkeit verbessert werden. Nach Einberufung dezentraler Einwohnerversammlungen stellen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge und Projekte für den kommunalen Haushalt vor. Diese Konzepte werden zur Abstimmung gebracht und in einer Prioritätenliste zusammengefasst, die in die Haushaltsplanung des Stadtrates einfließen. Die Internetplattform der Stadtverwaltung zum Bürgerhaushalt muss deutlich verbessert und ausgebaut werden. Insbesondere muss für den Bürgerhaushalt eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit durch Verwaltung und Stadtrat stattfinden.

Kampf um bessere Lebensbedingungen für alle, statt Anpassung an die Interessen der Herrschenden

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Weitere Steuermindereinnahmen stehen für die rheinland-pfälzischen Kommunen an Der Kommunale Entschuldungsfond (KEF) belastet Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zunehmend werden Aufgaben der Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. Diesen sogenannten „Sachzwängen“ darf man sich nicht unterwerfen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE hat deshalb den Beitritt der Stadt Pirmasens zum kommunalen Entschuldungsfonds abgelehnt. Der Kahlschlag bei der Stadtgärtnerei, die Erhöhung der Hundesteuer oder die Zusammenlegung von schlecht bezahlten Hausmeisterstellen können den kommunalen Haushalt nicht retten. Der jährliche Beitrag von 3,3 Millionen Euro, den Pirmasens in den Fonds einzahlen muss, führt zu einer weiteren Einschränkung der kommunalen Daseinsvorsorge und belastet die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Andererseits wird selbst die geringste Erhöhung der Kreditzinsen diesen Beitrag mehr als kompensieren, sodass die Entlastung durch den kommunalen Entschuldungsfonds wirkungslos verpufft.

Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die

kommunalen Aufgaben, die allen Bürgern zu Gute kommen, problemlos erfüllt werden. Wir werden keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen. Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die kapitalhörige Parteien verantwortlich sind. Darüber hinaus muss die seit Jahren geforderte Reform der Gemeindefinanzierung endlich angegangen werden. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern und die Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“). Wenn insbesondere immer mehr Aufgaben der sozialen Sicherung vom Bund oder Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen für diese Aufgaben auch von Bund oder Land vollständig finanziert werden.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, z. B. durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Kultur- oder Sportangeboten gewährt.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird deshalb in der kommenden Ratsperiode erneut darauf drängen, dass ein Sozialpass eingeführt, sozial verträgliche Sockeltarife bei der Energieversorgung oder kommunale Schul- und Weihnachtsbeihilfen für Bedürftige finanziert werden.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE fordert ein Verbot von menschenverachtenden und lebensbedrohlichen Strom- und Energiesperren und wird sich in der kommenden Ratsperiode erneut für die Einführung des „Kölner Modells“ einsetzen. Geraten Menschen in Rückstand oder Zahlungsunfähigkeit gegenüber ihrem Energieversorger, soll zukünftig die Energieversorgung nicht komplett abgeschnitten, sondern lediglich gedrosselt werden. Mit einer gedrosselten Stromzufuhr lassen sich beispielsweise eine Glühbirne oder einer Herdplatte betreiben, bis die Betroffenen ihre Zahlungsrückstände finanziell bewältigen können.

Geschlechtergerechte Kommunen

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Doch bleibt die Lebenspraxis von Frauen in dieser Gesellschaft weit dahinter zurück. Frauenpolitik heißt für DIE LINKE, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, im Berufs- und Arbeitsleben, Kultur, Bildung und Gesundheit zu garantieren. Beide Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, Möglichkeit zur Sorgearbeit in der Familie, Zeit für politische und gesellschaftliche Arbeit sowie ein

Recht auf Kultur, Fortbildung und Genuss. Auch die Kommune trägt Verantwortung dafür, dass diese Rechte für Frauen realisiert werden

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich in Pirmasens u.a. dafür einsetzen, dass Verhütungsmittel für ALG II Bezieherinnen zusätzlich zum Regelsatz finanziert werden, damit jedes geborene Kind ein Wunschkind wird. Wichtig ist der Schutz vor Gewalt. Deswegen werden wir dafür kämpfen, dass die finanzielle Förderung des Frauenhauses gesichert wird und dass Beratungsstellen für Frauen, egal ob es um Trennungsberatung, Erziehungsberatung oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben geht, erhalten bleiben.

Die Kommunen als Arbeitgeber sind gefordert, ihre Ausbildungsplätze quotiert zu vergeben. Alle politischen Entscheidungen der Kommunen sollten überdies auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Patriarchale Denkweisen und kapitalistische Herrschaftsstrukturen sind abzuschaffen. Das bedeutet, dass Frauen auch in der Stadtverwaltung nicht überwiegend in niedrig besoldeten Lohngruppen beschäftigt werden und Führungspositionen nicht überwiegend von Männern besetzt werden sollen.

Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohnerinnen und Einwohner

Viele Migranten und insbesondere Migrantinnen sind von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Diesen Zustand dürfen wir nicht hinnehmen. DIE LINKE arbeitet mit den Migrantinnen und Migranten zusammen und kämpft für ihre Einbeziehung in die kommunalen Entscheidungsprozesse bis hin zum kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, muss der Migrations- und Integrationsbeirat aufgewertet und auch andere Wege der örtlichen Mitwirkung für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich in Pirmasens allen Bestrebungen widersetzen, die einen „Sozialtourismus“ (Unwort des Jahres 2013) propagieren. Es gibt in Pirmasens keine nennenswerte Zuwanderung aus sozialen Gründen, weder von Menschen aus dem Landkreis oder dem restlichen Bundesgebiet, noch von Menschen aus anderen EU-Ländern.

Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden

Zunehmend organisieren viele Bürgerinnen und Bürger ihre kommunalen Angelegenheiten ehrenamtlich selber. Dieses beachtliche bürgerschaftliche Engagement verkehrt sich in sein Gegenteil, wenn kommunale Vertreter die Gelegenheit dafür missbrauchen, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den sie betreffenden kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Der „Pakt für Pirmasens“ leistet wichtige Arbeit bei der gesellschaftlichen Integration Kindern aus problematischen Elternhäusern oder bietet außerschulische Bildungsmaßnahmen an. Als Instrument zur Bekämpfung der seit Jahrzehnten anhaltenden und skandalösen Kinderarmut in Pirmasens ist der Pakt für Pirmasens jedoch gescheitert und dient den Herrschenden als Alibi, um keine konkreten Schritte

zur Verbesserung der realen Situation unternehmen zu müssen. In Pirmasens ist nahezu jedes 3. Kind unter 15 Jahren von existenzieller Armut betroffen. Die Armut der Kinder ist die Armut ihrer Eltern. Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird auch in der kommenden Ratsperiode Vorschläge unterbreiten, wie Kinderarmut in Pirmasens ganz real verringert werden kann. Dazu gehören Sozialtarife für Energie und ÖPNV, eine bedarfsorientierte Auszahlung für die Kosten der Unterkunft oder die Abschaffung von Kontoführungsgebühren für ALG-II-Empfänger sowie städtischer Gebühren für Personalausweise, Beglaubigungen und ähnliche Behördenvorgänge.

Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren und zugleich die Arbeits- und Bezahlungsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird in der kommenden Ratsperiode insbesondere die Rekommunalisierung der Pirmasenser Stadtwerke betreiben und die Rückführung der Geschäftsanteile privater Energiekonzerne in die öffentliche Hand fordern. Auch die Gewinne aus dem Strom- und Gasgeschäft der Stadtwerke Versorgungs-GmbH sollen in Pirmasens bleiben, nicht nur die damit verbundenen Kosten! Ein weiterer Schwerpunkt wird darauf gerichtet sein, die Gewinne der Stadtwerke weniger als Anlagekapital für die Erwirtschaftung von Renditen zu begreifen, sondern in den sozial-ökologischen Umbau vor Ort zu investieren. Wir wollen den Querverbund und die Möglichkeit erhalten, Gewinne und Überschüsse aus dem Energiesektor für andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge einzusetzen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE fordert den Ausstieg aus der Müllverbrennung und den Rückbau überflüssiger Verbrennungskapazitäten bei gleichzeitigem Einstieg in eine konsequente mechanisch-biologische-Abfallverwertung. Keine Verbrennung von Fremdmüll im Pfälzerwald zu Dumping-Preisen! Kein Mülltourismus durch das Biosphärenreservat!

Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Klärschlamm-trocknungsanlage in Fehrbach lehnt die Stadtratsfraktion DIE LINKE ab. Die gesundheitlichen Risiken sind für die Bevölkerung untragbar und Klärschlamm ist viel zu wertvoll, um ihn sinnlos zu verbrennen. Klärschlamm enthält zu großen Teilen das für die Düngemittelherstellung unerlässliche Phosphor. Momentan bewegt sich der Weltmarktpreis für eine Tonne Phosphor bei 150 Euro pro Tonne. Dieses Phosphor lässt sich problemlos in einer entsprechenden Aufbereitungsanlage recyceln und gewinnbringend vermarkten.

Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Städte und Gemeinden sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in Ein-Euro-Jobs verhindern. Diese sind abzuschaffen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Konkurrenz der Kommunen um die größte „Wirtschaftsfreundlichkeit“ abgelöst wird durch die Solidarität der Kommunen zur Verbesserung des Lebens aller Menschen. Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird auch in der kommenden Ratsperiode die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Pirmasens auf die politische Agenda setzen. In einem dritten Sektor zwischen Staat und Markt werden dort gesellschaftlich notwendige Aufgaben im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich erledigt, die für private Unternehmen aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht rentabel sind. Leitgedanke dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik ist der Grundsatz, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. So kann die Stadt Pirmasens selbst zur Schaffung von existenzsichernden und dauerhaften Arbeitsplätzen beitragen. Bisherige Modellversuche in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass sich ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aus bisherigen Lohnersatzleistungen, Sozialleistungen und Eigenfinanzierungsanteilen problemlos finanzieren lässt und zu einer deutlichen Entspannung des lokalen Arbeitsmarktes führt.

Sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung

DIE LINKE steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn insbesondere öffentliche Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden oder die Fahrpreise insgesamt zu teuer sind. Die Schülerbeförderung muss kostenfrei angeboten werden. DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche Großprojekte. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen diese Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE hat die Fortsetzung des Projektes Stadtgalerie abgelehnt und wird sich weiterhin gegen den Bau dieses Konsumtempels einsetzen. Die Inbetriebnahme der Stadtgalerie wäre verantwortungslos gegenüber den Einzelhändlern, die sich seit Jahrzehnten gegen den Niedergang stemmen und von der Stadtgalerie verdrängt würden. Der gravierende Eingriff in das Stadtbild, die einschneidenden Folgen für die Stadt Pirmasens und die Bevölkerung in Stadt und Landkreis bei einem Scheitern, die zu erwartenden Kosten für den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und weitere Folgekosten für den maroden Haushalt der Stadt Pirmasens sind in Anbetracht der nochmals deutlich gesunkenen

Erfolgsaussichten des Projektes Stadtgalerie nicht zu vertreten. DIE LINKE setzt vielmehr auf den sozialökologischen Umbau der Stadtgesellschaft.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich in der kommenden Ratsperiode insbesondere für den Einstieg der Stadt Pirmasens in die Nutzung der Windenergie einsetzen. Das kommunale Klimaschutzgutachten hat ergeben, dass nahezu die Hälfte des gesamten städtischen Strombedarfs durch 26 umwelt- und klimafreundliche Windräder gedeckt werden könnte. Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie hat der Stadtrat auf Antrag der Linksfraktion bereits beschlossen.

Überall in der Bundesrepublik entstehen Windparks in Bürgerhand oder Energiegenossenschaften. Wir werden im Stadtrat politisch dafür kämpfen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Pirmasens an dieser Entwicklung teilhaben können.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich in Pirmasens für den Erhalt und die Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten einsetzen und dafür kämpfen, dass Pirmasens seinen Status als städtisches Versorgungszentrum aufrecht erhalten kann. Wir teilen den Grundsatz, dass die Ansiedlung von einzelhandelsrelevanten Sortimenten besser in der Innenstadt, als auf der grünen Wiese erfolgen sollte. Dennoch muss das Einzelhandelskonzept der Stadt Pirmasens auf den Prüfstand gestellt und möglicherweise die restriktive Ansiedlungspolitik gelockert werden. Es ist mehr als fraglich, ob sich die Stadt Pirmasens den Luxus leisten kann, die Ansiedlung oder Verlagerung von Einzelhandelsunternehmen in Randlagen zu verhindern, denn damit ist immer auch der Verlust von weiteren Arbeitsplätzen und Kaufkraft verbunden.

Kostenlose Bildung von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung

DIE LINKE fordert den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden. DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich auch in der kommenden Ratsperiode für eine Integrierte Gesamtschule in Pirmasens (IGS) einsetzen. Nur durch die Errichtung einer IGS bleibt der Bildungsstandort Pirmasens konkurrenzfähig und kann die Abwanderung weiterer Schüler in Klassenstärke pro Jahr in das Umland verhindern. Die Etablierung einer Fachoberschule mit Fachrichtung Metalltechnik war ein schwerwiegender politischer Fehler und muss rückgängig gemacht werden. Damit tritt der neue Ausbildungszweig an der Landgraf Ludwig Realschule plus in direkte Konkurrenz zur berufsbildenden Schule Pirmasens (BBS), die gleichwertige Abschlussmöglichkeiten anbietet. Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich vielmehr für eine Fachoberschule im Bereich Gesundheit einsetzen. Gerade in einer Stadt mit einer alternden Bevölkerung eröffnet die Fachhochschulreife im Bereich Gesundheit auch berufliche Perspektiven für junge Menschen vor Ort und verhindert deren

Abwanderung in andere Regionen.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören. Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld verlangen, lehnt DIE LINKE nachdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für Alle.

Die Wahrnehmung sportlicher und kultureller Angebote beispielsweise von Vereinen, der Stadtbücherei, Musikschulen und von Veranstaltungen sind kein Luxus für begüterte Bürger. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller und deshalb müssen weiterhin gefördert werden.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE steht hinter dem Kulturzentrum Alte Post. Das Kulturzentrum kann eine wichtige Bereicherung für das unterentwickelte Kulturangebot und die Kunstszenen vor Ort sein. Die baulichen und technischen Voraussetzungen sind in Pirmasens mit dem Kulturzentrum Alte Post nun optimal und können jeden Vergleich mit renommierten Kultureinrichtungen oder Museen bestehen. Wichtigste Aufgabe in der kommenden Ratsperiode wird es sein, endlich ein adäquates Kulturprogramm zu entwickeln und das Gebäude mit Leben zu erfüllen. Dabei sollte ein möglichst breites Spektrum abgebildet werden und ein niedrigschwelliges Kulturangebot für alle Bevölkerungsschichten in Pirmasens angeboten werden. Die Etablierung eines elitären Kunstbetriebs für Besserverdienende lehnen wir entschieden ab.

Gesundheitsversorgung sichern

LINKE Kommunalpolitiker werden sich dafür einsetzen, dass sich ihre Regionen nachdrücklich Gehör verschaffen um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu sichern. Rückgrat einer solchen medizinischen Versorgung sind öffentlich kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich auch in der kommenden Ratsperiode rückhaltlos hinter den Erhalt des städtischen Krankenhauses stellen. Von gleicher Bedeutung für die Bevölkerung wird allerdings sein, auch dem drohenden Fachärztemangel in Pirmasens zu begegnen. Die Verwirklichung des Gesundheitszentrums auf dem ehemaligen Messegelände muss daher zu einer ernsthaften politischen Priorität des Stadtrates werden.

Klima schützen – global denken, lokal handeln

Klima schützen, Energie sparen - Energieversorgung in eigener Hand. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird sich deshalb auch in der kommenden Ratsperiode für eine dezentrale Energieversorgung in Bürgerhand einsetzen. Dazu gehört auch die konsequente Fortsetzung des Projektes Energiepark Winzeln mit

städtischen Mitteln. Die Absage der Fördermittel durch den Bund für die ursprünglich geplante Restholzvergaseranlage darf nicht zur Beendigung dieses wichtigen Projektes führen. Im Gegenteil: Zu den bereits bestehenden oder geplanten alternativen Energieformen sollten weitere innovative Technologien geprüft werden. Pirmasens und die gesamte Region sollte zu einer Modellregion für erneuerbare Energien ausgebaut und zum Wirtschaftsstandort für Klima- und Umweltschutztechnik werden.

Mehr direkte Demokratie wagen

Die Möglichkeiten der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Wir treten für ihre Erweiterung ein. Wo Menschen ihre legitimen Interessen in der Gemeinde direkt geltend machen, stehen wir aber schon jetzt unterstützend an ihrer Seite. Alle Bürger sollen über Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren und Volksentscheide direkt mitentscheiden können. Das setzt Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Dazu gehört auch eine Einschränkung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Diesem undemokratischen Zustand treten wir entgegen. Den Missbrauch mit den Bürgerhaushalten lediglich die Bürger/innen für die Umsetzung der Sparzwänge mitverantwortlich zu machen, erteilen wir eine klare Absage. Die kommunalen Beiräte und die Vertretungen der Jugendlichen müssen in Zukunft mehr Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung erhalten.

Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Grundgesetzes und der rheinland-pfälzischen Verfassung und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen rassistischer und faschistischer Parteien und Organisationen. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE unterstützt die Initiative Freundschaftsfest, den Arbeitskreis Mut gegen Rechts, den Arbeitskreis Geschichte der Juden in Pirmasens und weitere Initiativen, die sich der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern widmen und sich gegen Geschichtsfälschung und Rassismus engagieren.

Kommunen für den Frieden

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der Arbeitsberatung in Schulen Jobcentern und bei (kommunalen) Ferienangebot nichts zu suchen. Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver Friedenspolitik.

Das Alles geht uns Alle an!

Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen die Alle auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung DIE LINKE Pirmasens am 20. März 2014